

Grauzone – die Waffen verkauft

Lutz Rackow



Als Journalist und Buchautor (geb.1932), Studium Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Psychologie an der TU Berlin-Charlottenburg (1956 bis 1961), möchte ich gerne historische Forschungen anregen, die ich allein nur schwer auf den Weg bringen könnte.

1. Die „Einigungslegende“ mit DDR-Rechtfertigung

Die öffentlich bekannte Geschichtsschreibung zur Wiedervereinigung Deutschlands enthält anscheinend eine fundamentale Lücke. Wie konnte es dazu kommen, dass die jahrzehntelang militante, waffenstarrende DDR vor friedlichem Druck kampflös kapituliert? Warum wurden und werden im wiedervereinigten Deutschland die millionenfachen Verstöße der DDR-Administration gegen demokratische Rechtsregeln nicht verfolgt, sondern samt und sonders durch höchste Rechtsprechung im wiedervereinigten Deutschland als rechtens nachträglich und rückwirkend anerkannt? Das ist bis heute nicht schlüssig beantwortet.

Es ist zu vermuten und sollte untersucht werden, dass der sogenannte Einigungsvertrag BRD-DDR durch eine bisher nicht offen gelegte, kategorische Vorvereinbarung zwischen Machtzentren beider deutscher Seiten zustande gekommen ist.

Diese dürfte etwa einen Inhalt folgender Substanz gehabt haben:

Die bis Anfang 1990 noch existierende DDR-Seite (Regierung Modrow mit NVA, Stasi, Polizei) setzte dem Weg zur Wiedervereinigung keine ihrer Machtmittel entgegen. Sie gab vielmehr einer demnächst frei zu wählenden Regierung volle Handlungsfreiheit. Es wurde jedoch als Gegenleistung in einem bindenden Vertrag zugunsten der bisherigen deutschen Machtträger in der DDR festgeschrieben, dass das wiedervereinigte Deutschland die Gesetze der DDR als von Anfang an (1949) gültig anerkennt. Demgemäß werden jedwede Sanktionen gegen Handlungen und Rege-

lungen in diesem Gesetzesrahmen durch die bisherigen Machthaber und ihre Gehilfen im Osten Deutschlands (DDR), in einem wiedervereinigten Deutschland ausgeschlossen.

Diese Vertragspolitik ermöglichte realpolitisch die Wahrnehmung der historisch womöglich nur vorübergehend gebotenen Chance zu einer gewaltfreien Wiedervereinigung. Und war deshalb womöglich in der gegebenen Situation realpolitisch unvermeidlich. Aber sie verletzte den Grundsatz, dass eine demokratisch nicht legitimierte Zwangsverwaltung, wie die DDR, durch einen äußeren Vertrag und obendrein rückwirkend, nicht legitimiert werden konnte. Auch nicht durch die vorangegangene Aufnahme in die UN.

Nach unveräußerlichem demokratischen Rechtsverständnis kann außerdem eine die Macht innehabende Verwaltung Staat nach innen nur durch das Votum seiner Bürger (Bewohner) Legalität erhalten.

Es gilt nach meiner Ansicht die tatsächlichen Abläufe im Vorverfahren der Wende- und Wiedervereinigung im historischen Interesse zu erforschen und festzustellen. Bisher ist nicht erkennbar, dass das bisher geschah oder beabsichtigt ist.

2. Die Revolutionslegende

Die durch Gorbatschow praktizierte Politik von Perestroika und Glasnost nach innen war nach außen mit der Liquidierung der jahrzehntelang erhobenen Absicht zur Anstiftung einer Weltrevolution verbunden. Der ideologische und geopolitische Sowjetimperialismus wurde durch Gorbatschow liquidiert. Es galt nicht mehr, dass ein rotes Banner mit Hammer und Sichel weltweit zum Sieg eines internationalen Proletariats nach Sowjetverständnis führen sollte.

Gorbatschow hatte erkannt, dass diese Politik ideologisch, wirtschaftlich, politisch und militärisch keine Chance (mehr) hatte. Seine nunmehr in Angriff genommene Entspannungspolitik gewann weltweit nur zögernd an Vertrauen. Auch gegenüber seinem eigenen Machtapparat konnte er dieser fundamental neuen Weltpolitik wahrscheinlich nur sehr vorsichtig Geltung verschaffen. Bedeutete es doch auch die Aufgabe von Machtpositionen und Anspruchshaltungen, die bisher für das Sowjetregime als völlig unveräußerlich angesehen wurden. Aufgabe einer über Jahrzehnte aufrechterhaltenen Beuteansprüche aus dem II. Weltkrieg. Nicht zuletzt damit also auch den Rückzug aus ihren bisherigen Satellitenstaaten in Ost-Europa. Bis hin zur Unabhängigkeit der Ukraine, Hinnahme der Wiederherstellung u.a. der baltischen Länder als selbständige Staaten. . Im weiteren Verlauf auch einiger weiterer bedeutender nichtrussischer Territorien der bisherigen Sowjetunion .

Diese Politik verlangte sowohl Konsequenz als auch Behutsamkeit. Das taktische Vorgehen musste auch möglichst mit konspirativ Verbündeten in den verschiedenen Territorien arrangiert wer-

den. So ermutigte man anscheinend alsbald in Osteuropa dazu, diverse organisierte und spontane Bürgerbewegungen zuzulassen. In der DDR wurde diese Geheimpolitik womöglich von einem ganz kleinen Kreis – vermutlich um den vorbeugend zurückgetretenen Stasigeneral Wolf – auf den Weg gebracht. Demokratisch oppositionelle Initiativen und Gruppierungen erhielten in der DDR einen Spielraum, den es zuvor zu keiner Zeit seit dem Ende des Krieges gegeben hatte. Ungarn und die CSSR empfangen offenbar sowjetische Signale, dass Botschaftsfluchten und Grenzöffnungen nicht nur nicht sanktioniert, sondern sogar wohlwollend toleriert werden würden. (Durch Viktor Orban im Gespräch mit dem Autor bei einem Besuch bei der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigt) „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ – dieses Wort von Gorbatschow beim Besuch in Ostberlin zum 40. DDR-Jubiläum im Oktober 1989 signalisierte, dass stalinistische militärische Interventionen nicht mehr stattfinden würden.

International wurde die Entspannungsoffensive durch Moskau auf verschiedene Weise beharrlich fortgesetzt. Und allmählich auch im Westen erkannt, anerkannt und endlich politisch genutzt.

So kam es schließlich auch zur Ermutigung von nunmehr schließlich geduldeten Bürgerprotesten in der DDR, den spektakulären Demonstrationen in Leipzig, Dresden, Berlin und anderen Städten, dem schrittweisen Zurückweichen des SED-Machtapparats. Bis zu seiner Kapitulation. Für die Sowjetunion war diese Entwicklung zur Realisierung der neuen Politik zur Beendigung der globalen Konfrontation mit der anderen Supermacht USA und seinem Bündnissystem völlig unentbehrlich.

In der DDR wurde im Verlauf des Übergangsregime unter dem SED-Genossen Modrow installiert und dieses auch zur Spurenverwischung genutzt. Hilfreich waren dabei auch eine Reihe von buchstäblich aus dem SED/PDS-Ärmel gezogenen Figuren mehr oder minder politisch fragwürdiger Herkunft. Die bei strauchelnden Regimen bekannte Strategie für etwaige Fälle mit Alibi-Erfordernissen schon frühzeitig verlässliche Kaderreserven vorzuhalten, wurde aktiviert. Ihre Stasi-IM-Akten und Dokumente über derartige Vorgänge verschwanden selbstredend bevorzugt.

Durch frühe Unterwanderung der nun entstehenden Bürgergruppierungen sollte dabei möglichst ein mitbestimmender Einfluss im Sinne des Gesamtdrehbuchs ausgeübt werden. Nicht nur durch solche Figuren wie Schnur, Böhme und weitere entlarvte Spitzel, sondern eine ganz Reihe anderer, hochverdächtig bis heute. Der Versuch von Altkadern noch eine Zeitlang an der Spitze zu bleiben hat nur vorübergehend funktioniert. Es wurde nun auch nicht mehr versucht so etwas mit Gewalt zu betreiben. Einige Finten, wie angebliche Nazi-Provokationen am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow (Brandredner G. Gysi) als Legitimation für Stasi-Nachfolgemacht, verfangen nicht. Wolf floh vorübergehend nach Moskau, wo er aber für ein Asyl inzwischen keinen Adressanten mehr fand. Ihm dort vertraute Türen waren für ihn unterdessen geschlossen.

In Berlin wurde Schalck-Golodkowski währenddessen wohl als konspirativer Strippenzieher von geheimen West-Ost-Verabredungen geschützt und – über eine Stippvisite im Gefängnis Berlin-Moabit - allmählich aus der Schusslinie geborgen . In eine Villa am Tegernsee. Mit von ihm erfolgreich kalkulierten temporären Chancen für spätere opulente Geschäfte im Ost-West-Bereich.

Die vormaligen Konspirateure zur Organisation der DDR-Abschaffung als Gegenleistung für die Legalitätszusagen im Einigungsvertrag dürften wohl in der zweiten Reihe der Stasi-Zentrale mit der Galionsfigur Markus .Wolf zu suchen sein. Ihr Apparat signalisierte ihnen schon frühzeitig sowohl den bevorstehenden wirtschaftlichen Exitus der DDR wie auch den fundamentalen Interessen- und Strategiewechsel in Moskau. Es liegt auf der Hand, dass diese Leute für sich und ihre Stasi-Klientel an der Sicherung ihrer persönlichen Zukunft in einem späteren Deutschland bevorzugt interessiert waren. Das konnte durch eine Aufgabe ihrer und ihresgleichen Macht im Austausch gegen eine Garantie der Sicherheit vor einer rechtsstaatlichen Verfolgung erreicht werden.

Und genau das leistete schließlich der „Einigungsvertrag“ der anstelle einer Wiedervereinigungs-erklärung listenreich verfertigt wurde. Erörtert unter hohem Zeitdruck vorwiegend mit Partnern aus theologischem, natur- und kulturwissenschaftlichem Milieu , mit umfassenden Unkenntnissen auf wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen sowie staatswissenschaftlichen juristischen Bereichen . Für gleichberechtigte Wahrnehmung von Verhandlungspolitik auch durch völlig fehlende Einblicke in ökonomische Basisbereiche des Kolonialstatus der ostdeutschen Wirklichkeit ganz und gar unqualifiziert. Obendrein womöglich teilweise korrumpiert durch plötzliches Aufsteigen in Bereiche von politischen Spitzenkompetenzen. Mit alsbald entsprechenden DM-Einkünften

Damit wurden auch aus den Mauselöchern, auf die jahrzehntelang praktizierenden Täter der illegalen Macht hofften, sperrangelweit offen stehende Scheunentore. Zum alsbaldigen Durchmarsch bis nach Karlsruhe.

Die Wiedervereinigung als das glückliche deutsche Jahrhundertereignis nach zwei Weltkriegen rechtfertigte gewiss in Wahrnehmung womöglich flüchtiger historischer Chancen letztlich allerlei Vorgehensweisen, die ohne jede Gewaltausübung ans Ziel führten. Aber die Vorstellung, sie sei vor allem durch den Mut der Demonstranten beim Ausdruck ihrer Ablehnung des SED-Regimes von Moskaus Gnaden erreicht worden, muß bei allem Respekt vor der Courage und dem Gespür der vielen Menschen, die offene Ablehnung wagten, als Legende gelten. Und dass sie gar in der Folge der mutigen Polen, der Ungarn von 1956, des Prager Frühlings 1968 mit Dubcek und der Charta 77 den latent globalen Sowjetimperialismus überwandten - das ist nun ganz und gar ein historisches Mißverständnis.

Diese Thesen durch unangreifbare wissenschaftliche Untersuchungen mit energischer Faktensicherung zu untersuchen, das ist vor allem Historikern möglich. Wie ich indessen hier in Berlin in der einschlägigen Szene, bis hin zu den politischen Stiftungen beobachten kann, kommen bisher etwaige Überlegungen in diese Richtungen nicht in die Öffentlichkeit, werden in der Vielzahl politischer Veranstaltungen nicht thematisiert. Es kann aber nicht hingenommen werden, dass die tatsächlichen historischen Abläufe im Widerspruch zu den öffentlichen Ansichten, als allmählich lieb werdenden Legenden nicht festgestellt werden.

Lutz Rackow

Berlin im Februar 2007 / durchgesehen Dezember 2017

Der Autor hat inzwischen das Buch „**Spurensicherung – 80 Jahre in deutschen Irrgärten**“ (600 Seiten, 19,90 Euro) im OEZ Verlag Berlin herausgebracht , in dem die Abrechnung mit der „Sowjetkolonie DDR“ und ihrem landesverräterisch agierendem Personal einen breiten Raum einnimmt.